

Nr. XIX. GP.-NR.  
107 /J  
1994 -12- 0.1

## A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Kukacka  
und Kollegen  
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr  
betreffend Inseratenkampagne der ÖBB

In den gängigsten Tageszeitungen werden in den letzten Wochen immer wieder Inserate der ÖBB geschaltet, mit denen diese die Länder bei der Ausverhandlung der Nahverkehrsfinanzierung unter Zugzwang bringen will. In diesen Inseraten wird immer wieder gefordert, daß die Bundesländer den Zuschlag zur Mineralölsteuer zur Finanzierung des Betriebes der Nebenbahnen der ÖBB verwenden sollen. Dies geschieht auch unter der grundsätzlich falschen Feststellung, daß der Nahverkehr Landeskompetenz ist. Diese Interpretation kann allerdings keine Deckung im neuen ÖBB-Gesetz finden, denn laut Gesetz hat ausschließlich der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr einen mehrjährigen Bestellrahmen für gemeinwirtschaftliche Leistungen festzulegen und diese Leistungen - wie auch z.B. die Erbringung der Nahverkehrsleistungen - bei den ÖBB zu bestellen. Darüber hinaus können die Länder nur für Leistungen, die über den bestehenden Fahrplan hinausgehen, und für den Ausbau der Infrastruktur herangezogen werden.

Eine einseitige Verlagerung der Finanzierung der Nebenbahnen vom Bund auf die Länder, ohne daß dadurch ein zusätzliches Angebot an öffentlichem Nahverkehr geschaffen wird, liegt

- 2 -

jedoch nicht im Sinne der gesetzlichen Regelung, wonach den Ländern die Mehreinnahmen aus der Mineralölsteuer in der Höhe von insgesamt ca. 1,7 Mrd. Schilling zukommen. Um einen möglichst effizienten Steuermiteileinsatz zu gewährleisten, wäre es auf der Basis des geltenden ÖBB-Gesetzes sogar möglich, den Betrieb der Nebenbahnen öffentlich auszuschreiben und an den Bestbieter zu vergeben.

Weiters hat eine "Nahverkehrsfinanzierungsstudie" der Verbindungsstelle der Bundesländer bewiesen, daß zum Ausbau und zur Erhaltung des öffentlichen Nahverkehrs in Österreich ein eigenes Nahverkehrsfinanzierungsgesetz, welches die Kompetenzverteilung und die Finanzierung exakt regelt, dringend notwendig ist. Die unterzeichneten Abgeordneten haben auf Grundlage dieser Untersuchungen wiederholt ein derartiges Gesetz gefordert.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

A n f r a g e :

- 1) Wieviel kostet die oben beschriebene Inseratenkampagne der ÖBB?
- 2) Werden Sie dafür Sorge tragen, daß die offensichtlich falschen und nicht dem ÖBB-Gesetz entsprechenden Behauptungen durch die ÖBB richtiggestellt werden?
- 3) Wann werden Sie, dem gesetzlichen Auftrag nachkommend, die gemeinwirtschaftlichen Leistungen bei der ÖBB bestellen?
- 4) Werden Sie den Betrieb von Nebenbahnen öffentlich ausschreiben und an den Bestbieter vergeben?
- 5) Wann werden Sie dem Parlament einen Entwurf für ein Nahverkehrsfinanzierungsgesetz vorlegen?